



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.:	052-2024
Vorstossart:	Postulat
Richtlinienmotion:	☐
Geschäftsnummer:	2024.RRGR.72
Eingereicht am:	11.03.2024
Fraktionsvorstoss:	Nein
Kommissionsvorstoss:	Nein
Eingereicht von:	Pauli (Nidau, FDP) (Sprecher/in) Heyer (Perrefitte, FDP) Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP) Saïd (Biel/Bienne, SP) Fisli (Meikirch, SP) Pichard (Biel/Bienne, GLP) Stotzer-Wyss (Büren an der Aare, EVP)
Weitere Unterschriften:	2
Dringlichkeit verlangt:	Nein
Dringlichkeit gewährt:	
RRB-Nr.:	vom
Direktion:	Bildungs- und Kulturdirektion
Klassifizierung:	Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:	Auswahl

Politik lernt man in der Schule!

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Möglichkeit zu prüfen, den Westschweizer Lehrplan, den Lehrplan 21 sowie die Lehrpläne für die nachobligatorische Ausbildung zu ändern, um den Staatskundeunterricht zu stärken, sowie praktische und konkrete Instrumente vorzuschlagen, die zur Erreichung dieses Ziels eingesetzt werden können.

Begründung:

Die Politik in der Schweiz, die oft als Musterbeispiel genannt wird, ist zweifellos eine Stärke unseres Landes. Sowohl die direkte Demokratie als auch unser Milizsystem müssen erhalten bleiben.

Zukünftige Generationen müssen sich weiterhin engagieren, junge Bürgerinnen und Bürger müssen sich mobilisieren und die erworbenen Bürgerrechte nutzen. Es ist jedoch festzustellen, dass das Engagement abnimmt; viele politische Parteien haben Schwierigkeiten, neue Mitglieder zu gewinnen. Auch die Stimmbeteiligung bei Abstimmungen und insbesondere bei Wahlen ist tief. Jung und Alt sagen das Gleiche: «Ich verstehe nichts von Politik» und «Wir können sowieso nichts ändern».

Dieser Fatalismus ist auf einen Mangel an Wissen zurückzuführen. Wie kann man das Interesse der Jugendlichen wecken und sie ermutigen, Ideen zu entwickeln und diese voranzubringen? Indem man ihnen Politik und das aktuelle politische Geschehen näherbringt. Staatskundeunterricht ist derzeit in verschiedene Bildungskonzepte eingebettet, ist aber kein eigenständiges

Schulfach. Politische Bildung sollte Schülerinnen/Schülern und Studentinnen/Studenten, die die Zukunft unserer Gesellschaft repräsentieren, ermöglichen, Kompetenzen über die politische Funktionsweise einer Gemeinde zu erwerben, den Umgang mit Wahlmaterial zu erlernen oder zu erfahren, wie eine Volksinitiative eingereicht werden kann. Darüber hinaus sollte der Stoff lebendig und aktuell sein und sich nicht auf theoretische Begriffe wie Demokratie konzentrieren.

Während der nachobligatorischen Ausbildung werden die Jugendlichen volljährig und können ihre Bürgerrechte ausüben. Es ist wichtig, sie zu begleiten, damit sie nicht hilflos sind und sich aktiv am politischen Leben beteiligen können, indem sie zumindest wissen, wie man konkret wählt und abstimmt.

Der einzuführende Staatskundeunterricht muss mit dem Grundprinzip der Neutralität entwickelt werden. Die Jugendlichen müssen sich mit den Begriffen und der Funktionsweise der Politik vertraut machen, und es muss Raum für eine offene und konstruktive Debatte vorhanden sein.

Der Kanton Aargau hat ein Fach «Politische Bildung» eingeführt, das Lernziele während der Pflichtschulzeit festlegt.¹ Der Kanton Waadt hat kürzlich eine Motion in Form eines Postulats überwiesen, um die politische Bildung und den Staatskundeunterricht in seinen nachobligatorischen Klassen zu stärken.² Die Lehrpläne lassen Anpassungen zu; die Möglichkeiten sind vielfältig und reichen von regelmässigen Unterrichtsstunden bis hin zu Thementagen oder Projektwochen. Der Regierungsrat wird daher beauftragt, die Möglichkeiten zu prüfen, die sich aus diesem Spielraum ergeben, und den Staatskundeunterricht in der Volksschule und in der nachobligatorischen Ausbildung zu stärken.

Verteiler

– Grosser Rat

¹ Aargauer Lehrplan Volksschule

² 22_POS_46 - Postulat Florence Gross et consorts - Pour améliorer les cours d'éducation civique dans le cadre tant du secondaire I que de l'apprentissage et du gymnase et introduire une journée « Oser voter ». | État de Vaud (vd.ch)